

Positionspapier der AG Junge Pflege im DBfK Nordwest e.V.

„AfD geht für Pflegende gar nicht!“

Wir sind für Gleichberechtigung, Respekt vor jeder Kultur und Nationalität und achten die Menschenrechte.

In Deutschland kandidiert mit der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2017 eine Partei, die sich eindeutig gegen die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann und Respekt vor jeder Kultur ausspricht. Was bedeutet das für uns Pflegende, die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen? Inwiefern positionieren wir Pflegende uns jetzt schon zu dem zunehmenden Extremismus? Was wollen wir? Und was wollen wir definitiv nicht?

Aus der Kriminalstatistik vom vergangenen Jahr geht hervor, dass politisch motivierte Straftaten einen Rekordwert erreicht haben: dieser stieg um mehr als 44 Prozent. Hierzu zählt beispielsweise, dass Flüchtlingsunterkünfte vermehrt Ziel rechter Straftäter waren. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte, dass der starke Anstieg der politisch motivierten Kriminalität eine bedrohliche gesellschaftliche Entwicklung aufzeige.¹ Auch die Zahl der Hasskommentare im Netz stieg an. Unabhängig davon, dass diese Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte schrecklich und menschenverachtend sind, lag es anschließend an uns, die verwundeten Menschen zu behandeln, sie professionell und frei von Vorbehalten unter Achtung ihrer Menschenwürde zu pflegen.

Unser pflegerisches Handeln basiert auf Werten und Normen. Wir haben nach dem International Council of Nurses (ICN) einen internationalen Ethikkodex, den es zu vertreten gilt.² In diesem heißt es, dass wir niemals ohne die Achtung der Menschenrechte professionell pflegen können. Das bedeutet, dass **Pflege „mit Respekt und ohne Wertung des Alters, der Hautfarbe, des Glaubens, der Kultur, einer Behinderung oder Krankheit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Nationalität, der politischen Einstellung, der ethnischen Zugehörigkeit oder des sozialen Status“** ausgeübt wird. Ebenfalls sagt der Ethikkodex, dass wir mit der Gesellschaft nicht nur eine berufliche Verpflichtung teilen, sondern auch als Bürgerinnen und Bürger „angemessene Aktionen, die zur Befriedigung der gesundheitlichen und sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung“ beitragen sollen.

Diese Grundsätze müssen wir reflektieren, wenn wir die immer stärker werdenden rechtspolitisch geprägten Parteien, wie beispielsweise die AfD, beobachten, in deren Wahlprogramm es heißt: „Die AfD will das vom Grundgesetz geschützte und bewährte Leitbild der Ehe und traditionellen Familie mit Kindern bewahren und stärken“³. Sprich, nicht gewünscht sind: Patchwork-Familien, Alleinerziehende und auch Familien mit gleichgeschlechtlichen Partnern. Außerdem wird die freie Ausübung des Glaubens eingeschränkt: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“⁴. Weiter steht im Parteiprogramm: „Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen“⁵. Unsere pflegerische Ausbildung lehrte uns da anderes. Kurz: Die

¹ Stürzenhofecker: „Zahl rechter Straftaten so hoch wie nie“, Zeit online, veröffentlicht am 23. Mai 2016

² Positionspapier des DBfK Bundesverband e.V., April 2017

³ Wahlprogramm der AfD, Seite 37, beschlossen auf dem Bundesparteitag 22./23.04.2017

⁴ Wahlprogramm der AfD, Seite 34, beschlossen auf dem Bundesparteitag 22./23.04.2017

⁵ Wahlprogramm der AfD, Seite 40ff, beschlossen auf dem Bundesparteitag 22./23.04.2017

Förderung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, kulturelle Offenheit und sexuelle Freiheit sind im AfD-Parteiprogramm unerwünscht.

Laut Frankfurter Rundschau erstattete die AfD-Jugend gegen die bei der Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (BzGA) arbeitenden Verantwortlichen der HIV-Kampagne „Liebesleben“ Anzeige wegen der „Verbreitung pornografischer Schriften an Minderjährige“.⁶ Die Kampagne der Bundesregierung hatte zum Ziel, Hepatitis, HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen einzudämmen. Indirekt bedeutet dies, dass die AfD-Jugend gegen sexuelle Aufklärung, sexuelle Selbstbestimmung und auch gegen auf Gesundheitsförderung ausgerichtete Kampagnen vorgeht.

Liest man die Forderungen der AfD und vergleicht Wahlplakate und mediale Auftritte von AfD-Vertretern und -Anhängern mit unseren Werten und Normen, muss man zu dem Schluss kommen, dass die AfD gegen pflegerische Grundsätze verstößt. Wir Pflegende lernen in unserer Ausbildung die Beratung von kranken Menschen, auch die Prävention gehört zu unserem Aufgabenfeld. Deshalb können wir uns nur gegen solche Äußerungen aussprechen! Damit ist die AfD aus unserer Sicht für beruflich Pflegende nicht wählbar. Wir wollen Menschlichkeit, Würde und unsere im Grundgesetz verankerten Rechte leben und verpflichten uns dazu per Berufsethos!

Die aktuelle Situation zeigt uns, dass politisches Engagement in der Gesellschaft wichtiger ist denn je. Es ist immer wieder festzustellen, dass Politik gerade auch in den jüngeren Generationen häufig als trockenes, langweiliges Thema angesehen wird. Gerade unsere Berufsgruppe tut sich häufig schwer damit, politisch eine Einheit zu bilden, Stärke und Präsenz zu zeigen.

Wir arbeiten für und mit Menschen. Wir arbeiten rund um die Uhr. Wir sind immer da. Das ist manchmal sehr anstrengend. Aber wir machen das, weil wir eine grundlegende berufliche Verantwortung gegenüber den pflegebedürftigen Menschen haben. Wir behandeln alle Bewohner, Patienten, Klienten und Kollegen ohne Wertung der Herkunft, des Glaubens oder anderer oben genannter Punkte. Wir vertreten Professionalität und wünschen uns diese berufspolitisch genauso wie gesamtpolitisch.

Was wir also nicht wollen sind Rechtspopulismus und Extremismus. Deshalb sagen wir: **„AfD geht für Pflegende gar nicht!“** - Aber natürlich sind auch die Programme anderer Parteien immer (!) individuell kritisch zu bewerten. Was auf keinen Fall passieren darf, ist, die AfD aus Protest unreflektiert zu wählen. Wenn ihr protestieren wollt, kommt zu uns oder macht selbst Politik unter Achtung des ICN-Ethikkodexes. Wir wollen Menschlichkeit und Respekt, Anerkennung und Wertschätzung. Und darum: Geht wählen, gebt eure Stimme und gebt sie denen, die eure Werte als beruflich Pflegende und Privatpersonen vertreten!

Lasst uns nachdenken, diskutieren und uns gegenseitig zuhören. So sieht es ein demokratischer Staat vor, so positioniert sich der DBfK. Es sind alle herzlich eingeladen mit uns über pflegeinhaltliche und berufspolitische Themen zu sprechen und sie mit uns zu beeinflussen!

Die AG Junge Pflege im DBfK Nordwest e.V.

22. September 2017
www.junge-pflege.de

⁶ Reinsch: „AfD-Jugend will HIV-Kampagne verbieten lassen“, Frankfurter Rundschau online, veröffentlicht am 27.05.2016